



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. RICHARD VON WEIZSÄCKER

CDU/CSU-Fraktion, Bonn

PARTEIEN IM PROGRAMMATISCHEN UMBRUCH

VORTRAG AM 5. SEPTEMBER 1973



Meine Damen und Herren!

Der Übersee-Club ist, ein überparteiliches Gremium. Aber Sie haben heute ein nicht nur politisches, sondern wahrhaft parteipolitisches Thema auf dem Programm, und Sie haben mich eingeladen, das Thema zu behandeln, obwohl ich in doppeltem Sinne Partei bin: Ich bin gewählter Vertreter einer der Parteien im Deutschen Bundestag, und ich kann und will natürlich nicht den untauglichen Versuch machen, aus meiner parteipolitischen Position irgendeinen Hehl zu machen. Nun gibt es aber auch innerhalb der Parteien – Herr Stödter hat dieses Thema ja schon etwas eingeleitet – ein Gegenüber von Pragmatikern und Programmatikern. Und ich bin auch in diesem zweiten Sinne Partei; denn ich gehöre zu den Programmatikern. Das verbindet mich freilich mit den Programmatikern anderer Parteien und schwächt meine Parteilichkeit im zuerst genannten Sinne wieder etwas ab.

Nun hat es in unseren Parteien nicht etwa 25 Jahre lang ein ständiges Hin und Her zwischen den Freunden der politischen Dogmatik und ihren Gegnern gegeben. Die Lage war in der Bundesrepublik nicht immer so wie heute. Heute aber – und das will ich zu zeigen versuchen – leben wir in einer Phase programmatischer Neubesinnung. Wir stehen alle vor denselben geistigen und sozialen Herausforderungen, und diese verlangen von uns eine deutlichere Profilierung der Prinzipien und Zielsetzungen des jeweiligen politischen Standpunktes.

Nun glaube ich, daß die Parteien des Deutschen Bundestages je nach ihrer Tradition auf eine solche Herausforderung unterschiedlich reagieren. Von Theodor Heuss war eben die Rede. Ich meine, daß nicht nur für ihn in seiner damaligen Lage, sondern für die FDP ganz allgemein gilt, daß sie sich von programmatischen Erörterungen etwas ferner zu halten pflegt als die beiden großen Parteien. Sie begnügt sich gern mit Leitsätzen anstelle von Grundsatz- oder Aktionsprogrammen. Sie fühlt sich als Hüterin der großen liberalen Tradition des 19. Jahrhunderts, die ja unsere Demokratie und alle ihre Parteien entscheidend geprägt hat.

Die Bedeutung dieses politischen Liberalismus zeigt sich in ihrer Wirkung auf unsere Verfassung, vor allem auf die Grundrechte. Aber je mehr der Liberalismus Gemeingut aller Demokraten geworden ist, desto schwieriger wurde es für eine liberale Partei, sich programmatisch gegenüber anderen abzugrenzen. So ist sie denn auch gar nicht durch dieses Verlangen, sondern eher dadurch zu kennzeichnen, daß sie auch heute noch im Grunde an Programme nicht recht glaubt. Die Weltanschauung ist Privatsache; die gesellschaftlichen Gruppen sollen sich in einem vorgegebenen staatlichen Rahmen selbst organisieren, und die politischen Entscheidungen sollen durch praktische Vernunft unter weitgehender Partizipation der Bürger gelöst werden. So ungefähr lautet das Credo der FDP. Das klingt nicht nur vernünftig, sondern auch sympathisch.

Es gibt auch bei den großen Parteien manche Politiker, die gern den eigenen Standpunkt so umschreiben und alles auf den Streit darüber reduzieren wollen, was denn nun die praktische Vernunft in der jeweiligen Lage politisch erfordere.

Dennoch, glaube ich, gibt es gewichtige und durchaus objektive Gründe dafür, daß die beiden großen Parteien heute um Grundsätze und Programme ringen. Die SPD arbeitet an dem von Herrn Stödter erwähnten Langzeitprogramm. Es soll Orientierungsrahmen für die Politik der nächsten zwölf Jahre sein. Die Arbeit daran wird immerhin so ernst genommen, daß einer der Parteiführer der SPD vor der Frage stand, ob er sein Amt als Bundesminister niederlegen sollte, um Vorsitzender der Programmkommission zu werden. Ferner hat die SPD die Gründung eines Theorie-Instituts angekündigt. Schließlich hat sie – was mich besonders interessiert – eigens eine Grundwerte-Kommission eingerichtet. Die CDU hat vor zwei Jahren eine Grundsatzkommission eingesetzt, doch bisher wegen mancherlei Wahlkämpfen nicht viel Gelegenheit gehabt, darüber zu diskutieren; jedenfalls zu wenig nach meinem Gefühl. Aber nun wird sie auf dem Hamburger Parteitag darüber entscheiden, ob sie erstmals in ihrer Geschichte ein Grundsatzprogramm ausarbeiten will.

Bei der CSU überdies ist die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm in vollem Gange, und dem Zitat von Theodor Heuss hatte beigefügt werden können, was Franz-Josef Strauß noch vor drei Jahren auf einem nicht CSU-, sondern CDU-Parteitag äußerte. Er warf die Frage auf, ob denn irgendeiner der Wähler, um die bei den jeweiligen Wahlkämpfen gerungen werde, irgendeine nähere Vorstellung von diesen Parteiprogrammen habe.

Nun, die Programmatiker in den Parteien, darunter auch ich, werden sich durch solche Bemerkungen, kommen sie von Theodor Heuss, Franz-Josef Strauß oder Gallup, nicht davon abbringen lassen, diesen Programmen ihre eigene Bedeutung zuzumessen. Das Entscheidende ist nicht, ob am Ende ein großer Prozentsatz der Bevölkerung möglichst viele Teile dieser Programme kennt. Politisch wichtig ist vielmehr der Prozeß der Erarbeitung in der ganzen Breite der Partei, denn er aktiviert und motiviert die Mitglieder einer Partei für die Partizipation in der Demokratie. Aber wie ist es nun zu der heutigen Entwicklung gekommen, von der ich behaupte, daß sie objektive Gründe aufweist, die die großen Parteien zu einer sehr viel stärkeren programmatischen Arbeit veranlassen? Der politische Neuanfang nach 1945 deutete ja in eine ganz andere Richtung. Damals ging es um den Wiederaufbau nach den geistigen und materiellen Zerstörungen des Dritten Reiches und des Krieges. Die Aufgabe für das Gemeinwesen war klar. Dazu bedurfte es keines langen Programms. Es ging nämlich darum, gemeinsam einen Stein auf den anderen zu setzen. Mehr als 20 Millionen Kriegsoffer, Heimatvertriebene und Flüchtlinge wurden, so gut es ging, wirtschaftlich und sozial eingegliedert. Ein prinzipieller verfassungspolitischer Konflikt wie etwa in der Weimarer Zeit um Demokratie und Republik blieb uns erspart. Die großen Parteien hatten zwar viele sachliche Gegensätze, aber in den Grundfragen der Verfassung stimmten sie überein. Gemeinsam verteidigten sie das freiheitlich-repräsentative Verständnis der parlamentarischen Demokratie. Schließlich waren seit Ende der fünfziger Jahre auch die Bündnispolitik mit dem Westen und die Grundzüge der sozialen Marktwirtschaft zwischen den Parteien nicht mehr umstritten. Rentenreform, Vollbeschäftigung, stetiges Wirtschaftswachstum ließen den Wohlstand der Bürger und ihre innere Übereinstimmung mit dem Staat, in dem sie lebten, steigen wie nie zuvor in der deutschen Geschichte.

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit, jenes Grundgebot unserer Verfassung, stieß erstmals in den Bereich der Möglichkeit seiner praktischen Verwirklichung an seiner wichtigsten Stelle vor. Die Hauptaufgabe der Gerechtigkeit nämlich, die Gerechtigkeit in den Chancen, wurde praktisch in Angriff genommen. Aber es wurden nicht nur gemeinsame alte Probleme gelöst, sondern es sind auch neue entstanden:

- a) Die rasche Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft hat neue Randgruppen entstehen lassen, die uns vor neue Aufgaben der Wiedereingliederung stellen. Hier sind in erster Linie die Gastarbeiter zu nennen.
- b) Das schnelle Wirtschaftswachstum bringt die Gefahr des Raubbaues an den natürlichen Ressourcen und der Zerstörung des organischen Zusammenlebens mit sich. Die Stichworte „Umweltschutz“ und „Ballungsprobleme“ kennzeichnen diesen Bereich.
- c) Der Wiederaufbau war nur bei schnellem Wachstum der Wirtschaft möglich und kam allen zugute. Dennoch hat dies zu neuen Ungleichgewichten in der Verteilung von Vermögen und Einkommen geführt. Vor allem die Zuordnung des Vermögenszuwachses wurde vielfach als ungerecht empfunden. Eine neue Systemdebatte entstand: ist die Marktwirtschaft überhaupt in der Lage, die Probleme der Gefährdung des natürlichen Gleichgewichts der Natur, der drohenden Erschöpfung lebenswichtiger Vorräte, der Energieversorgung, der Raumordnung, vor allem aber der Gerechtigkeit in der Verteilung materieller Güter zu lösen?
- d) Die Versorgung der Menschen ist organisatorisch, finanziell, sie ist wissenschaftlich und gesundheitlich gewaltig verbessert. Aber der Mensch droht zum Objekt einer technisch perfekten Existenzerhaltung zu werden, gleichzeitig jedoch menschlich zu verkümmern, zu vereinzeln und zu vereinsamen.

- e) Der Weg zur Chancengerechtigkeit hat zu explosionsartigen Erscheinungen in bezug auf die Kapazität und Organisation unserer Bildungseinrichtungen geführt. Im Zuge dieser Strukturprobleme und Überfüllungserscheinungen sind wir ganz notwendigerweise, ich möchte sagen endlich, in eine grundlegende Auseinandersetzung über Lehrinhalte und Bildungsziele geraten wie nie zuvor seit 1945.
- f) Vor allem aber – und darin sehe ich die Summe der schon genannten Phänomene – je mehr sich die materielle Lage der Bürger verbessert hat, je mehr der Hunger und menschenunwürdige Abhängigkeiten beseitigt werden konnten, desto mehr zeigt sich die alte Wahrheit, daß der Mensch vom Brot allein nicht lebt. Die materielle Befriedigung schlägt nicht von selbst in Frieden und Glück des Menschen um. Vielmehr stellen sich ihm neue Fragen nach dem Sinn seines Lebens und nach den Werten und Zielen im Zusammenleben. Wofür soll er sich einsetzen, wofür sich engagieren? Mit wem und für welche Ziele soll er solidarisch sein? Was lohnt wirklich im Leben, wenn die materielle Not beseitigt ist? – Alle diese Fragen stehen vor dem Hintergrund einer gleichzeitig vollzogenen raschen Säkularisierung. Die Kirchen haben nicht mehr die allseits akzeptierte Rolle, den Menschen und der Gesellschaft die Antworten auf die Frage nach dem Lebenssinn und dem Sittengesetz vorzugeben.

Diese Kernfrage also zusammen mit den Herausforderungen des technischen Masenzeitalters bildet nach meiner Überzeugung die wichtigste Ursache für die neue, programmatische Phase der Parteien. Denn alle Parteien hatten in den ersten zwei Jahrzehnten der Nachkriegszeit einen Hang zum Pragmatismus entwickelt. Als die neuen Grundfragen mit ihrem Ausgangspunkt in der jungen Generation Mitte der sechziger Jahre offenbar wurden, hatten zunächst alle Parteien gepaßt. Sie hatten die Gesellschaft einem wertneutralen Pluralismus und einer Privatisierung der Werte und Ziele überlassen. Sie waren eine Beteiligung oder gar Anleitung an der Lösung der sich abzeichnenden Probleme weitgehend schuldig geblieben.

Als dann in Bonn die Große Koalition begann, entstand die Außerparlamentarische Opposition. Sie ging sehr rasch über die Hochschulfragen im engeren Sinne hinaus und stieß vor zu den zentralen Fragen nach dem Sinn und Ziel für Mensch und Gesellschaft. Und hier war es vor allem die radikale Linke, welche alsbald den Ton angab. Aus vielen Rinnsalen, von der großen Verweigerung gegen die Leistungsgesellschaft nach Marcuse bis zur großen Motivierung jedes einzelnen nach Mao, entfaltete sie von neuem die Ideologie des Paradieses von Menschenhand. Ihr Ziel ist der Endzustand der Gesellschaft. Zum Glück dieser Gesellschaft beizutragen, das ist das Glück und der Sinn des Lebens des einzelnen Menschen. Daher ist denn auch Disziplin und Unterwerfung des einzelnen zugleich der Gegenstand seines Engagements und seiner Motivierung für Sinn und Ziel des Ganzen. Es ist die Ideologie des radikalen Verzichts auf den Respekt vor der Freiheit des Individuums. Es ist die radikal falsche Antwort. Aber es ist die Antwort auf eine wirklich vorhandene und von den anderen, liegengelassene Frage, die sich in der modernen Wohlstands- und Massengesellschaft mit neuer Schärfe gestellt hat. Diese Entwicklung also ist es, die einen entscheidenden Anteil an der Aktivierung der Programmarbeit der großen Parteien hat.

Gegen Ende der sechziger Jahre verbreitete sich bei der APO der Entschluß zum Marsch durch die Institutionen. Er trug die Theorie-Debatten der Hochschulen hinein in die politische Arena. Aber es waren ja nicht nur junge Leute. Diese Jungen signalisieren vielmehr nur schneller und radikaler, wenn es zu einem Mangel an Übereinstimmung in den Werten und Zielen und überhaupt zu Unklarheiten über die Richtung des Zeitalters kommt.

Es ist also, wie ich meine, eine echte Orientierungskrise, welche die jetzige Phase der Geschichte der freien Welt kennzeichnet. Es geht nicht darum, ein paar radikale Doktrinen mundtot zu machen oder Korruptionsfälle aufzudecken und Ordnung und Sauberkeit im Staat zu gewährleisten, so wichtig das alles ist. Sondern der Mensch

braucht ein Mindestmaß an Orientierung in bezug auf die ethischen Normen und die Zielsetzungen, um in seinen Kräften und in seinem Leben motiviert zu sein. Sonst zerfällt die Kultur des Zusammenlebens.

Die Politik eines freien Gemeinwesens sieht sich damit vor eine der größten Schwierigkeiten gestellt, die es überhaupt gibt. Denn eine politische Partei kann ja nicht die Rolle übernehmen, die früher die Kirchen gespielt haben. Und wenn sich eine Partei im Zeitalter der Säkularisierung dennoch einer diesseitigen Heilslehre verschreibt, wenn sie, wie der Marxismus, das Paradies von Menschenhand verspricht, dann muß sie in der Unfreiheit enden; denn sie muß ja dann die Menschen zum Glück einer bereits feststehenden und durch den Menschen zu verwirklichenden Zukunft zwingen.

Hier stimme ich mit manchen Aussagen überein, die Bundeskanzler Brandt vor ein paar Tagen in einer grundlegenden Rede in der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg gemacht hat. Denn er schildert hier recht anschaulich das Dilemma, mit dem sich vor allem seine eigene Partei schwertut: Auf der einen Seite nämlich müssen Parteien die Grundwerte in ihren Programmen deutlich zu erkennen geben, und zwar ohne Rücksicht auf das rein pragmatische Prinzip der Maximierung von Wählerstimmen. Eine Partei, die sich nur den vielfältigen Macht- und Sonderinteressen in der Gesellschaft beugt, verschärft immer nur weiter die Orientierungskrise der Zeit. Auf der anderen Seite aber versucht Brandt, sich und seine Partei gegen den Verdacht zu schützen, als ginge es den Sozialdemokraten um eine Re-Ideologisierung. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die programmatische Auseinandersetzung der großen Parteien. Die Frage ist, wem es am besten gelingt, die inhaltliche Zielsetzung seiner Politik vom Grundsätzlichen her verständlich zu machen, ohne der Gefahr einer freiheitswidrigen Indoktrinierung der Bürger zu erliegen.

Meine Hauptaufgabe heute ist natürlich, über meine eigene Partei und ihre Programmatik zu sprechen. Aber ich muß doch noch ein paar Bemerkungen über die SPD vorausschicken, und sie müssen kritischer ausfallen als das, was ich an die Adresse der FDP gesagt habe.

Brandt unternimmt, wie ich meine, einen untauglichen Versuch, wenn er den gegen die SPD gerichteten Ideologieverdacht im wesentlichen als böse Erfindung oder als vergiftendes Kampfmittel der Opposition darstellt. Das wird durch seine eigenen Parteifreunde, durch Stimmen aus den Gewerkschaften, aus vielen Orts- und Bezirksverbänden der SPD, ja, aus den Reihen seines eigenen Kabinetts deutlich genug widerlegt. Und es handelt sich nicht nur um ein paar Außenseiter oder um wilde Jusos. Das Langzeitprogramm, das vorhin erwähnte, ist ja in den letzten Jahren schon einmal ausgearbeitet und vorgelegt worden. Dieser erste Entwurf geriet unter so heftigen Beschuß, daß kurz vor dem letzten SPD-Parteitag, dem in Hannover, Helmut Schmidt, der Vorsitzende der Kommission zur Ausarbeitung des Langzeitprogramms, erklärte: Aber bitte, dieses Programm sei doch gar nicht rosa, sondern rot. Dann kann ein richtungweisender Beschluß für die Überarbeitung dieses ersten Entwurfes auf dem Parteitag der SPD in Hannover zustande, und dieser Beschluß lohnt die Lektüre; denn er ist durchsetzt von der Ideologie eines Antikapitalismus, als ob er vor 90 Jahren geschrieben worden wäre. Und ob man nun selbst den Klassenkampf verkündet oder meint, man müsse dem Klassenkampf von oben begegnen, kommt letzten Endes auf dasselbe hinaus. Nein, das ist kein Gift von außen, sondern das sind Gefahren von innen, die es Brandt nötig erscheinen ließen, eine ganze, lange Grundsatzrede dem Ideologieverdacht in der SPD zu widmen.

Ich möchte hier keine Mißverständnisse aufkommen lassen. Es hat mir für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands noch nie an Respekt gefehlt. Viele ihrer Mitglieder haben für den freiheitlichen Rechtsstaat und für die Demokratie sich oft genug selbst in die Schanze geschlagen, zuweilen mehr als andere. Und mit vielen von ihnen verbindet mich bei allen Gegensätzen die Solidarität, die wir für die Demokratie und zum Schutz gegen Radikale und Ideologen brauchen. Jeder hat bei

diesem Schutz seine eigene Aufgabe. Jeder muß die Demokratie an seinem Flügel absichern. Wenn wir auf die ungelösten Probleme bei der SPD und ihrem linken Flügel hinweisen, dann nicht triumphierend und in einer heimlichen Vorfreude in bezug auf die Früchte, die dadurch für uns abfallen könnten. Denn ihr Schade und ihr Versagen auf diesem Gebiet wäre letzten Endes ein Schade für uns alle. Wir wollen diesen freiheitlichen Rechtsstaat weder von linken Revolutionären kaputtmachen lassen noch von dem, was nur allzuoft die Antwort auf linke Revolutionäre ist, nämlich von den rechten Verächtern der Demokratie.

Aber deshalb kann Brandt seine Führungsaufgabe in der SPD auch nicht durch Entlastungsangriffe auf andere erfüllen. Denn nicht wir, sondern die Radikalen in seiner eigenen Partei wollen eine andere Demokratie und Republik als die unsrige. Lassen Sie mich noch einmal zur APO zurückkehren. Der Beschluß zum Marsch durch die Institutionen wurde ja, was die Institution Partei anbetrifft, im wesentlichen im Hinblick auf die SPD ausgeführt. Das hat für die SPD sowohl Chancen wie Risiken gebracht, zunächst Chancen, wie ich ganz freimütig bekenne. Denn es brachte den frischen Wind derer, die nichts als gegeben hinnehmen, die nach der Übereinstimmung der vorgefundenen Praxis mit den vorher verkündeten Parteiprinzipien fragen und die sich mit Kompromissen zwischen den Interessengruppen nicht gern zufriedengeben. Welche Partei hatte nicht immer wieder Grund, froh und dankbar zu sein für unbequeme Kräfte dieser Art. Aber mit der Chance zog eben auch das Risiko ein, und dieses Risiko droht nun da und dort überhandzunehmen. Denn aus denen, die auszogen, die Übereinstimmung von Prinzip und Praxis zu suchen, wurden nun Theorie-Erotiker und Prinzipienogmatiker, die sich mehr und mehr zu Aposteln einer säkularisierten Heilslehre entwickelten. Unduldsam wollen sie die Welt mit einer diesseitigen politischen Religion beglücken, die sich absolut setzt und daher notwendig im Totalitarismus enden muß.

Das eben ist die Wirkung der Ideologie in der Politik. Sie ist kein Mittel zur Lösung der Orientierungskrise für ein Gemeinwesen, das seine Freiheit erhalten will. Arbeit an den Grundsätzen und ein Bekenntnis zur programmatischen Aufgabe der Parteien schließt eine klare Absage an die Ideologie in diesem Verständnis ein.

Aber nun zurück zur Orientierungskrise. Sie ist da. Wie kann sie gelöst werden? Was geht sie die Parteien an?

Um es vorweg zu sagen: Kein Staatsphilosoph, kein aktiver Politiker, überhaupt kein einzelner Mensch kann sich dafür Lösungen ausdenken. Das Rezept, nach dem wir so oft fragen, das wir dann abholen und einnehmen wollen, damit es selbsttätig seinen heilenden Dienst tue, kann es auf diesem Feld schon gar nicht geben. Denn eine Freiheit, die uns nicht nur von Abhängigkeiten befreien und in unseren Rechten schützen soll, sondern die unser Leben und Zusammenleben entfalten, aktivieren und motivieren soll, die also Motor und Ziel für die Menschen im Gemeinwesen sein soll, kann ihrem Wesen nach nicht dadurch bestimmt werden, daß sie von einzelnen oder von elitären Gruppen erdacht und empfohlen oder gar dekretiert würde, sondern daß sie von vielen gesucht, gefunden und verwirklicht werden muß.

Die politische Herausforderung der Zeit für die Parteien sehe ich darin, daß wir dies als Aufgabe erkennen und Maßstäbe dafür ausarbeiten. Daher ist es gut – und darin stimme ich also mit dem Bundeskanzler durchaus überein –, wenn die Parteien die von ihnen vertretenen Grundwerte deutlicher als bisher zu erkennen geben und wenn in den Parteien über die Folgen dieser Grundwerte programmatisch gearbeitet und zwischen den Parteien gestritten wird. Denn wir dürfen in der Politik Pluralismus nicht als Wertneutralität verstehen. Politik verlangt Wertentscheidungen. Die Arbeit in den Parteien und der Wettbewerb zwischen ihnen ist der brauchbarste Weg, um das freie Gemeinwesen zu sich selbst zu führen und ihm die Hilfen zur Orientierung für seinen Weg zu geben. Was unternimmt nun die CDU in diesem Zusammenhang?

Zunächst zum Verfahren. Der bevorstehende Parteitag wird darüber zu entscheiden haben, ob er bereit ist, die Ausarbeitung eines Grundsatzprogrammes in Auftrag zu geben. Dafür gibt es, wie ich meine, gute Gründe. Grundsätze sind kein Vorbehaltsgut von Kommissionen oder Parteiführungen, sondern sie bekommen ihre Verständlichkeit nur durch eine breite Diskussion ohne Zeitdruck und ohne Seitenblicke auf bestimmte Wahltermine und ihre Verbindlichkeit nur durch Beschlußfassung des Organs, welches die Partei in ihrer ganzen Breite repräsentiert, also des Bundesparteitages.

Die Union hat ihr Bekenntnis zur freiheitlichen Politik nie wertneutral, sondern stets als ein Bekenntnis zu Werten und Zielen verstanden. Unter dem Eindruck des Zusammenbruchs 1945 haben die Grundsätze der CDU eine eindringliche Wirkung ausgeübt, die auch lange Zeit vorgehalten hat. Aber politische Grundsätze laufen Gefahr, zu verblasen, wenn nicht die ganze Partei sie sich immer wieder von neuem erarbeitet.

Die Grundsatzkommission der CDU hat deshalb auch keinen fertigen Entwurf für ein solches Programm vorgelegt. Vielmehr hat sie Ausarbeitungen gemacht, die dann als Material für Richtung und Inhalt einer breit angelegten Arbeit dienen sollen.

Ausgangspunkt ist das Verständnis der CDU vom Wesen und von den Aufgaben einer Volkspartei*. SPD und FDP knüpften 1945 an ihre eigenen früheren Traditionen an und belebten sie neu. Die CDU dagegen setzte damals einen ganz neuen Anfang der deutschen Parteiengeschichte. Christliche Demokraten hatten die übereinstimmenden Erfahrungen des totalitären Staates hinter sich und waren zu gemeinsamer Verantwortung zusammengerückt. Sie gründeten die CDU als eine breite Sammlungsbewegung. Die Mitglieder kamen aus allen Schichten, aus allen Gruppen und Berufen des Volkes.

Der Name dieser neuen und ersten Volkspartei, über den schon so viel gesprochen worden ist, war niemals ein Monopolanspruch gegenüber anderen, sondern immer nur ein Anspruch an die eigene Adresse. Die Gefahr der CDU ist nicht, daß sie zu religiös, zu konfessionell oder gar klerikal wäre. Solche Schlachten sind längst geschlagen, und die Preise für Fehler, die gemacht wurden, sind mehr als bezahlt worden. Die Gefahr mit dem Namen taucht nur dort auf, wo dieser Name seine verbindliche Kraft verliert als Maßstab für das persönliche, das soziale und das politische Handeln.

Nie waren alle Mitglieder der CDU Christen, und immer gab es außerhalb der CDU Christen, mit denen man zusammenarbeitete oder die man auch politisch bekämpfte. Auch ging es und geht es nicht um das Bekenntnis zu einer christlichen Politik. Es gibt keine christliche Politik. Wer von einer christlichen Politik redet, der vollzieht ja das Mißverständnis nach, das in dem Begriff der sozialistischen Politik liegt, die den Anspruch darauf erhebt, daß die Menschen in einer letzten Gültigkeit das Richtige, das Gerechte, das Friedliche auf der Welt verwirklichen können.

Es geht um die Verantwortung der Christen für die Gestaltung dieser Welt. Dafür ist – auch das muß immer wieder gesagt werden – die Bibel kein Nachschlagewerk. Sie nimmt uns die konkreten Entscheidungen in großen oder kleinen Fragen nicht ab. Wir müssen sie in eigener Verantwortung treffen. Aber sie erschließt uns ein Bild, das den Materialismus überwindet. Wir haben kein fertiges Bild von der Welt; denn der Mensch ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Er verfügt deshalb auch nicht über die absolute Wahrheit, und er kann sie nicht aus eigener Kraft in dieser Welt vollständig verwirklichen. Er kann nicht alles machen und keine ideale Gesellschaft schaffen. Aber in diesen seinen Grenzen ist er immer von neuem zum Engagement und zur täglichen Entscheidung aufgerufen. Die ethischen Grundwerte und ihr Menschenbild sind dafür sein Maßstab.

Diese Grundwerte sind es, die der Union zugrunde liegen; denn eine Volkspartei ist ja kein bloßes Zweckbündnis. Sie kann nur bestehen, wenn in ihr eine einigende Kraft wirkt, die tiefer und stärker ist als der Interessenwiderstreit unter ihren Mitgliedern und Gruppen. Dabei ist es Aufgabe einer Volkspartei, die Auseinandersetzungen über die Grundfragen der Zeit zu führen, aber der Polarisierung und Radikalisierung entgegenzuwirken. Eine Volkspartei kann somit politische Doktrinen weder beheimaten noch mit ihnen eine Koalition eingehen. Volkspartei und Volksfront schließen einander notwendig aus.

Nun lassen Sie mich zu diesen Grundwerten selbst einiges sagen. Sie klingen ja in den Programmen zumal unter den großen Parteien sehr ähnlich. Deshalb ist es wichtig, sich mit dem inhaltlichen Verständnis und ihren Folgerungen vertraut zu machen.

Die verantwortete Freiheit ist der zentrale Grundwert der christlichdemokratischen Politik. Sie ist die große Aufgabe unserer Zeit. Bei dem Begriff der Freiheit steht für die SPD die Emanzipation im Mittelpunkt. Emanzipation ist wichtig. Aber Freiheit bedeutet mehr als die Befreiung von Abhängigkeit und Zwang und erschöpft sich nicht in der Befriedigung materieller Wünsche. Sie ist mehr als bloßes Leistungsstreben und mehr als die Hilfe, die das Gemeinwesen dem einzelnen zur Verfügung stellt. Freiheit zielt auf Selbstbestimmung anstelle von Fremdbestimmung, auf Mitverantwortung anstelle von Gleichgültigkeit, auf Mitmenschlichkeit anstelle von Vereinzelung. Freiheit bedeutet also nicht nur Individualismus, sondern praktizierte Nachbarschaft, nicht nur Kritik, sondern auch Vertrauen, nicht nur Emanzipation, sondern auch Bindung, nicht nur weltanschaulichen Pluralismus, sondern Anerkennung der für die Gesellschaft grundlegenden sittlichen Wertordnung.

Die Bewährungsprobe der Freiheit liegt in unseren konkreten Daseinsbedingungen. Es gilt, Freiheit in der Lebenspraxis der Arbeitswelt und Freizeit, in Familie und Nachbarschaft, in Gemeinde und Staat zu verwirklichen und zu erfahren. Dafür soll der freie Bürger wählen und entscheiden, er soll teilnehmen und mitverantworten können. Denn er soll ja nicht von bürokratischem Zwang und technischer Anonymität beherrscht sein, und er darf nicht zum bloßen Empfänger zugeteilter Lebensqualitäten und damit zum Objekt kollektiver Systeme werden. Freiheit und Mitverantwortung sind untrennbar. Nur wer frei ist, kann Verantwortung tragen. Und nur wer Mitverantwortung für die Freiheit des anderen Menschen und des Gemeinwesens empfindet, wird selbst auf die Dauer frei bleiben können.

Freiheit wächst auf dem Boden der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit, verstanden als Gleichheit, gilt im Recht, das gleich ist für alle, und in bezug auf die Würde für jeden Menschen, die ohne Rücksicht auf seine Macht und seine Leistungen jedem gleichmäßig zukommt. Aber die soziale Gerechtigkeit muß verwirklicht werden mit Hilfe der eigenen Kräfte des Menschen und nicht allein durch Zuteilung. Deshalb ist die Gerechtigkeit in den Chancen die zentrale Forderung der sozialen Gerechtigkeit. Und diese Gerechtigkeit in den Chancen steht im Gegensatz zur Gleichheitsideologie; denn sie unternimmt es gerade nicht, die Menschen gleichzumachen. Statt dessen will sie für jeden das Recht und die praktische Möglichkeit schaffen, sich selbst Ziele zu setzen und das Beste aus sich zu machen. Die Menschen haben einen Anspruch auf die gleichen Chancen, nicht weil sie gleich, sondern weil sie verschieden sind und weil sie auch ein Recht darauf haben, verschieden zu sein.

Damit ist zugleich klar, daß es ohne ein Bekenntnis zur persönlichen Leistung nicht geht. Damit ist nicht Leistung lediglich als die Voraussetzung dafür verstanden, daß der Staat mehr leisten kann. Gemeint ist auch nicht eine Leistungsgesellschaft, in der die Leistung eine Art Maßstab für die Rangfolge der Menschen untereinander abgeben könnte. Denn – wie gesagt – der Mensch hat seine Würde und sein Recht auch schon vor jeder Leistung. Nur der Materialismus reinen Wohlstandsdenkens reduziert Leistung auf wirtschaftliche Erfolge, und nur der Materialismus der neuen Linken verdächtigt Leistung als ausschließliches Vorteilsdenken.

Ich meine, daß es die Bedeutung der Leistung für den Menschen selbst ist, die das Bekenntnis zur Leistung erfordert. Leistung von sich zu fordern, ist für den Menschen Quelle seiner Kraft. Auch für den Behinderten ist sie ein unentbehrliches Motiv seiner Existenz. Freie Entfaltung der Person und soziale Gerechtigkeit sind ohne Leistung nicht denkbar.

Und das führt zum vierten, zur Solidarität. Denn Solidarität beruht auf der Leistung des Menschen und gibt ihr den sozialen Sinn. Zur Solidarität gehört die gemeinsame Absicherung der Lebensrisiken durch gesellschaftliche und staatliche Einrichtungen. Gemeinschaftsleistungen und Gemeinschaftsverpflichtungen dieser Art gehören zum gesicherten Bestand einer freien Gesellschaft. Bis dahin sind wir auch unter den Parteien ganz einig. Aber auch die Leistungen des Gemeinwesens sind ja nur Voraussetzung für die persönliche Freiheit. Sie sind nicht ihr Inhalt. Solidarität gewinnt ihren vollen Sinn erst in der persönlichen Zuwendung von Mensch zu Mensch. Weder der einzelne noch die Gemeinschaft können auf diese persönliche Solidarität verzichten. Der einzelne nicht, denn seine Leistung bekommt ihr Recht erst durch die Verpflichtung, sie in ihrem Ergebnis mit anderen zu teilen. Und die Gemeinschaft nicht, denn die moderne Massengesellschaft ist zwar technisch und organisatorisch leistungsfähig, aber gefährdet gerade dadurch die Menschlichkeit. Mit dem Bewußtsein und dem Willen zur persönlichen Solidarität entscheidet sich daher das Schicksal der Freiheit von Mensch und Gesellschaft im technischen Zeitalter.

Das mag alles recht abstrakt klingen. Aber die Folgen, die daraus dann abzuleiten sind – für die Arbeitswelt, für das Unternehmensrecht, für die wachsende Freizeit, die ja nicht als Freiheitsrefugium in einem immer schrofferen Gegensatz zur Arbeitswelt verstanden werden kann, sondern die mehr und mehr zum Platz der Mitverantwortung wird, die sozialen Dienste, die weder marktwirtschaftlich noch durch den Staat allein organisiert werden können –, in diesen und manchen anderen Bereichen, die jetzt auszuführen mir die Zeit fehlt, konkretisieren sich diese Grundwerte. So ist auch das Verhältnis eines Grundsatzprogramms zu Aktionsprogrammen und Wahlplattformen zu verstehen. Aktionsprogramme – wie etwa das Berliner Programm der CDU – behandeln die großen politischen Gestaltungsaufgaben bis ins einzelne, lassen sich aber in bezug auf die Grundwerte nur in einer kurzen Präambel ein. Ein Grundsatzprogramm dagegen soll als Richtschnur für eine größere Zahl von Aktionsprogrammen oder Wahlplattformen dienen. Ohne ein solches Grundsatzprogramm geraten wir angesichts des raschen Wandels der Verhältnisse in die Gefahr, mit unseren Aktionsprogrammen immer nur hinter den sich ständig wandelnden Lebensbedingungen hinterherzulaufen.

Ich möchte noch über das Kapitel „Staat, Demokratie und Gesellschaft“ etwas sagen, weil es hier am meisten darum geht, letzten Endes gemeinsame Ziele anzustreben, weil dies aber auch ganz im Gegensatz zu dieser Hoffnung in der heutigen Orientierungskrise das Feld der heftigsten Auseinandersetzungen ist*. Die Bundesrepublik will freiheitliche Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat sein. Die grundlegende Orientierung ist uns damit vorgegeben. Die eindeutige Westorientierung der Bundesrepublik galt ja keineswegs nur für die wirtschaftliche Integration und für die Sicherheitspolitik. Vielmehr bezog sie sich vor allem auf das westliche Demokratie- und Verfassungsverständnis. Zweimal hatten die Versuchungen der europäischen Mittellage Deutschland ins Verhängnis gerissen. Die Bundesrepublik war die Staat gewordene Absage an einen dritten Weg zwischen Ost und West. Das Grundgesetz von 1949 hatte sich unzweideutig für das westliche Model! entschieden. Die Grundlagen unseres Staates schienen damit nicht mehr umstritten zu sein.

Das ist in den letzten Jahren anders geworden. Doktrinäre versuchen, das Grundgesetz einseitig in den Dienst ihrer Lehren zu stellen. Sie spielen Werte gegeneinander aus, die nur ausgewogen und gemeinsam den Verfassungsauftrag erfüllen

* Vergl. 2. Bericht der Grundsatzkommission der CDU, Kapitel VI.

können, Sozialstaat gegen Rechtsstaat zum Beispiel. Sie wollen das Zusammenwirken der Verfassungsorgane nicht durch mehr Teilhabe und Mitverantwortung der Bürger sinnvoll ergänzen. Statt dessen versuchen sie, die parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch die – wie sie es nennen – partizipatorische Demokratie zu ersetzen. Sie wollen nicht erreichte Stufen organisch weiterentwickeln, sondern „das ganze System“ durch Alternativen ablösen. An die Stelle fruchtbarer Auseinandersetzungen um Reformen und Interessen setzen sie ihre prinzipielle und kompromißfeindliche Forderung nach dem „ausschließlich richtigen“ Demokratiemodell. Damit wird auch die Unterscheidung zwischen einem öffentlichen und einem privaten Bereich verwischt, eine Unterscheidung, die für jede freiheitliche Ordnung unentbehrlich ist. Insbesondere stehen wir dem Versuch gegenüber, ideologisierte Bildungsziele als angebliches Demokratiegebot an den Schulen durchzusetzen. Das ist ein Angriff auf die Freiheit des Bürgers. Wir haben Konfessionsschulen nicht abgeschafft, um an ihrer Stelle neue, politische Weltanschauungsschulen hinzunehmen.

Staatliche Gewalt darf nicht dazu mißbraucht werden, um den Menschen zu indoktrinieren. Die Grundrechte wurden einst als Freiheitsrechte des Bürgers gegen Eingriffe des Staates erkämpft. Heute bemühen sich manche darum, die Grundrechte als Aufforderung zum Eingriff der Allgemeinheit in die Sphäre des einzelnen umzuwenden. Damit würden die jeweiligen Mehrheiten im Staat über die Anwendung der Grundrechte verfügen können. Der Staat selbst wird immer wieder und immer mehr in die Wirren ideologischen Denkens gezogen. Da gibt es dann die bekannte Doppelstrategie, einerseits den Staat zu verteufeln, weil er ein Instrument der herrschenden Unterdrücker sei; andererseits bemühen sich aber dieselben Ideologen als angemaßte Vertreter einer unterdrückten Klasse, just diesen Staat zu erobern.

Die CDU ist an Mängeln und Zweifeln im Staatsverständnis keineswegs unbeteiligt. Wir haben kein klares Bild vom Staat entwickelt. Der Staat schien uns durch das Scheitern der Weimarer Demokratie und durch die Perversion der Machtausübung unter dem Nationalsozialismus in Verruf gebracht. Aber der Weimarer Staat scheiterte ja, gerade weil die Mehrheit der politischen Kräfte ihn, den Staat, schließlich nicht mehr anerkannte. Und der Nationalsozialismus war nicht Allgewalt des Staates, sondern totalitäre Parteiherrschaft.

Eine konsequente Ordnungspolitik, die einen handlungsfähigen Staat erfordert, haben wir über den Bereich der Wirtschaft hinaus nicht entwickelt. Auch haben wir nicht verhindert, daß der Staat zunehmend in die Rolle bloßer Dienstleistungen und Gruppenbefriedigung gedrängt wurde. Dadurch haben wir auch zu den Ursachen der heutigen Auseinandersetzungen beigetragen.

Das Grundgesetz hebt die Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung besonders hervor. Aber auch die Parteien stehen unter seinem Demokratiegebot, und nach diesem Demokratiegebot geht die Staatsgewalt vom Volk aus. Sie wird in Wahlen und Abstimmungen geltend gemacht. Dadurch wählt der Bürger sein Parlament, welches das Volk direkt vertritt. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß ein Weisungsrecht der Parteien zwischen die Parlamente und die Wähler geschoben wird. Der Wähler in der Bundesrepublik braucht keine Bevormundung. Eine Demokratietheorie, die zwischen gewähltem Volk und Basis unterscheidet, wäre ein arroganter Rückfall in vordemokratische Elitetheorien.

Die Parteien stehen auch unter dem allgemeinen Gebot der Gewaltenteilung. Danach ist die Macht um der Freiheit willen auf möglichst viele Träger zu verteilen. Wir wollen kein über dem Staat und über der Gesellschaft stehendes Beamtentum. Aber wir wollen auch keine Parteienherrschaft, die in der Lage wäre, die Gewaltenteilung zu unterlaufen.

Das Prinzip der Demokratie gilt nicht nur für die staatlichen Einrichtungen. Der Bürger will überall dort mitsprechen und überall dort mitentscheiden können, wo Macht ausgeübt wird und wo Abhängigkeiten bestehen. Aber die Formen staatlicher Demokratie können nicht auf alle Teile der Gesellschaft unverändert übertragen

werden. Es gibt Bereiche, die nur funktionsfähig sind, wenn sie sich nach ihren eigenen Maßstäben entfalten können, und gerade deshalb müssen sie von parteipolitischer Beeinflussung freigehalten werden. Das gilt für die Wissenschaft und Kunst, aber auch für die Wirtschaft und Verwaltung.

Das Ausmaß staatlicher Tätigkeit hat sich in allen modernen Gemeinwesen vervielfacht. Dies ist eine Folge der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Wir bejahen den Weg zum modernen Sozialstaat, weil durch ihn Freiheit, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Leistung verstärkt werden können. Trotz der Zunahme seiner Tätigkeit aber ist der Staat nicht stärker, sondern eher schwächer geworden. Gruppen und Verbände haben oft mehr Einfluß auf das Ganze als staatliche Institutionen.

Der Staat wird in Anspruch genommen, während sich die Bereitschaft, ihm zu dienen, vermindert hat. Die moderne Demokratie will aber verantwortliche Regierung sichern. Deshalb muß der Staat die Macht haben, das Gemeinwohl durchzusetzen. Der Staat gibt uns keine totale Ordnung. Er ist kein geweihtes Über-Ich, und er besitzt nicht das Amt der Letztinstanzlichkeit für den Menschen. Aber er ist – und er allein – die Institution der frei verantwortlichen Bürger füreinander. Dafür müssen wir ihm die Autorität zuerkennen. Wir müssen ihm die Mittel geben, Achtung für Recht und Gesetz zu gewährleisten. Nur auf dieser Grundlage kann er für Sicherheit nach innen und außen sorgen, Gruppeninteressen ausgleichen, die Schwächen und Nichtvertretenen schützen, Technik und Wirtschaft im Einklang mit dem Gleichgewicht der Natur halten und überhaupt menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluß über den programmatischen Umbruch und die Zielrichtung der Parteien noch zwei Bemerkungen machen. Die hier zuletzt gestellte Aufgabe über Staat, Gesellschaft und Demokratie ist an keine bestimmte Partei gebunden. Es gilt vielmehr umgekehrt, in unserem Land Übereinstimmung in den grundlegenden Fragen der politischen Ordnung des Staates über die Parteien hinweg und durch sie gemeinsam zu wahren. Der Wettbewerb der Ideen und der Programme ist gut und nötig. Aber der Sinn der Demokratie ist, daß das freiheitliche System dieser repräsentativen Demokratie eben nicht für eine leichtfertige Überwindung zur Disposition steht. Und unsere Wahlkämpfe wollen wir um unsere Programme, aber nicht um die Verfassung, sondern auf ihrem Boden und zu ihrem Schutze führen.

Und zweitens: Für den Menschen und die Gesellschaft geht es um die Frage, ob die Freiheit aus der Defensive und aus der Orientierungskrise herausfindet, in die sie hineingeraten ist. Die Bedrohungen, von der anonymen Massentechnik bis zu den totalitären Glücksversprechern, sind groß. Erliegen aber konnte die freie Gesellschaft nur ihren eigenen Schwächen, dem Hang zur Ungerechtigkeit, dem Leistungsverdruß und dem mangelnden Sinn für Gemeinschaft. Wichtiger also, als Feinde auszumachen, ist es, die eigenen Schwächen zu überwinden.

Die Parteien können dafür einen wichtigen Beitrag leisten: durch die Übereinstimmung von Wort und Tat, durch die Programme und durch den Wettbewerb untereinander. Aber mehr als das können sie nicht. Denn sie haben dem Menschen zu seiner freien Entfaltung zu verhelfen; aber sie haben ihm diese Entfaltung nicht zu diktieren.

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

